



Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Begleitung der kommentierten Ausgabe von „Mein Kampf“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst unverzüglich schriftlich und mündlich über die Maßnahmen zur Behandlung der kommentierten Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ zu berichten.

Hierbei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. Wie plant die Staatsregierung nach Ablauf der Urheberrechte zum 31. Dezember 2015 bezüglich der Hetzschrift Adolf Hitlers „Mein Kampf“ weiter vorzugehen?
2. Welches Konzept hat die Staatsregierung im Umgang mit der kommentierten Ausgabe des Buches?
3. Wie soll die kommentierte Ausgabe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Begründung:

Am 31. Dezember 2015 laufen die Urheberrechte für Hitlers Hetzschrift aus. Zur Begleitung der bevorstehenden Veröffentlichung von „Mein Kampf“ ist ein methodisches und pädagogisches Konzept notwendig. Nur durch die Veröffentlichung einer historisch-kritischen Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ kann der Freistaat Bayern seiner historischen Verantwortung gerecht werden. Ziel muss die Versachlichung und Entmystifizierung des nationalsozialistischen Machwerks sein.

Eine Verbreitung des Buches kann ohnehin nicht verhindert werden, da der Text bereits heute in vielen anderen Ländern teilweise unkommentiert zu erstehen ist – selbst in Israel ist das Machwerk bereits vor 20 Jahren erschienen. Auch über Internetportale kann man antiquarische Exemplare mühelos erwerben.

Im Dezember 2012 hat der Landtag fraktionsübergreifend beschlossen, die Veröffentlichung einer historisch-kritischen Ausgabe des Buches „Mein Kampf“ ergebnisoffen zu prüfen.

Ungeachtet dieses Auftrags hat die Staatsregierung im Alleingang jede Form der Publizierung gestoppt. Dabei arbeiten Historiker des Institutes für Zeitgeschichte (IfZ) seit Jahren an einer wissenschaftlich kommentierten Ausgabe des Propagandawerks – und das mit finanzieller Unterstützung des Freistaats.

Für eine umfassende Information über den aktuellen Planungs- und Sachstand sollte dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst berichtet werden, da die Hochschulkultur Bayerns unmittelbar betroffen ist.